

Mitgliederinformation zum neuen Hessischen Hochschulgesetz (HessHG): Kritik des *hIb*Hessen erfolgreich



Besuch bei Minister Timon Gremmels: (v.l.) Prof. Dr. Benedikt Model (*hIb*Hessen), Christoph Gädeke (HMWK), Prof. Dr. Roland Dückerhoff (*hIb*Hessen), Minister Timon Gremmels, Prof. Dr. Stephan Böhm, Prof. Dr. Kawa Nazemi, Prof. Dr. Steffen Rittig (alle *hIb*Hessen).

Im parlamentarischen Prozess bei der Entstehung eines Gesetzes erhalten betroffene Verbände die Möglichkeit, sich in einer Stellungnahme und in einer Anhörung vor den involvierten Ausschüssen des Landtags zu neuen Gesetzesvorhaben zu äußern – wenn sie von einer Fraktion vorgeschlagen werden. Diese Möglichkeit nutzte auch der *hIb*Hessen bei der Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes, die nötig wurde, nachdem der hessische Staatsgerichtshof mit Beschluss vom 1. Dezember 2023 weite Teile der dort vorgesehenen Regelungen rund um die Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) für verfassungswidrig erklärt hatte. „Dass es in diesem Stadium jedoch tatsächlich noch zu Änderungen kommt, ist äußerst selten“, so Vorstandsmitglied Professor Dr. Steffen Rittig, der gemeinsam mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Roland Dückerhoff die Positionen des Verbandes auf einer Anhörung vor den Abgeordneten des Innen- und des Wissenschaftsausschusses des Hessischen Landtags am 28. August vertrat. „Dass wir dies – gemeinsam mit weiteren Gutachtern und Verbandsvertretern – trotzdem erreichen konnten, ist wirklich ein großer Erfolg.“

Strittig waren im Wesentlichen zwei Punkte: Die Mehrheit der Professorinnen und Professoren in den Gremien der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) wurde im ursprünglichen Gesetzentwurf lediglich bei Themen mit einem sogenannten „unmittelbaren Forschungsbezug“ gewährleistet – durch ein doppeltes Stimmrecht. Streitigkeiten bis zur Anrufung von Gerichten, so der *hIb*Hessen in seinen Stellungnahmen, seien vor diesem Hintergrund vorprogrammiert, denn selbst bei wichtigen Entscheidungen wie der Wahl eines Präsidenten, einer Präsidentin, einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten sowie der Wahl von Dekaninnen und Dekanen sei nicht klar, ob ein „unmittelbarer Forschungsbezug“ vorliege. „Dass diese Formulierung im § 104 des HessHG komplett entfällt, stellt sicher, dass die Stimmen der Professorinnen und Professoren bei Entscheidungen des Senats und des Fachbeirats unabhängig von den behandelten Themen stets ausschlaggebend sind“, fasst Dückerhoff zusammen.

Auch bei dem zweiten Knackpunkt, der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der HöMS wurden die Bedenken des *hIb*Hessen berücksichtigt. Das Gesetz sah vor, dass der Senat – bildlich gesprochen – nur als kommentierender Zaungast an dieser Wahl teilnehmen konnte, weil die Präsidentin bzw. der Präsident durch das Innenministerium bestimmt und eingesetzt wird. Auch dies wurde nun kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes am 10. Oktober 2024 geändert. Präsidentinnen und Präsidenten können nun auch an der HöMS künftig nur mit

Zustimmung des Senats bestellt und abberufen werden. „Der **h1b**Hessen freut sich, dass sein Engagement an dieser Stelle erfolgreich war, denn ist ein Konzept, wie es das HessHG für die HöMS vorsah, einmal etabliert, ließe es sich auch auf andere Hochschule übertragen“, sagt Dückershoff.

Das neue Hochschulgesetz war auch einen Tag nach der Anhörung im hessischen Landtag, am 29. August 2024, bei dem Treffen des Vorstands des **h1b**Hessen mit Wissenschaftsminister Timon Gremmels Thema – ein Gespräch, das auch dazu diente, den SPD-Politiker erstmals kennenzulernen, der seit Januar 2024 in diesem Amt auf Ministerin Angela Dorn von Bündnis 90/Die Grünen folgte. Der Diplom-Politologe war bereits von 2009 bis 2017 Mitglied des hessischen Landtages und anschließend bis 2024 Mitglied des deutschen Bundestags, wo er den Wahlkreis Kassel vertrat und sich vor allem für die Bereiche Klimaschutz und Energie engagierte.

Neben dem neuen Hochschulgesetz stand auch der neue Hochschulpakt im Fokus des Gesprächs, über den derzeit verhandelt wird. Für den anstehenden Hochschulpakt 2026–2030 fordert der **h1b**Hessen vor allem eine verlässliche, auskömmliche und planbare Finanzierung, die angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Dynamik robuster aufgestellt werden muss als bisher. Kritisch gesehen wird auch die Bemessung des Sockelbudgets über Studierendenzahlen. Eine Folge: ein immer stärker werdender Kostendruck auf Fächer, die derzeit über rückläufige Studierendenzahlen klagen, die aber durchaus von der deutschen Wirtschaft nachgefragt werden wie die Ingenieurwissenschaften. Bei angespannter Haushaltslage müsse zudem die Belastung der Hochschulen und insbesondere der Lehrenden mit weiteren administrativen Zusatzaufgaben beschränkt werden – ebenso wichtig sind aus der Perspektive des **h1b**Hessen notwendige Anreize für eine effizientere Hochschulverwaltung. Dies insbesondere durch konkrete Forderungen zum Bürokratieabbau und zu einer stärkeren Fokussierung auf Kernfunktionen – statt einer durch Gesetzgebung, Verordnungen und Verschiebungen von Grund- in Erfolgs- und Projektbudgets induzierten Implementierung immer neuer Verwaltungsaufgaben. Darüber hinaus sind bei der Digitalisierung größere und schnellere Fortschritte notwendig, die Lehrende in ihrem Alltag spürbarer von tradierten, oft noch umständlich papierbasierten Verwaltungsprozessen entlasten.

Auch Themen wie die LVVO und die Anpassung des Lehrdeputats wurden angesprochen. Bei den derzeit auch aus demographischen Gründen sinkenden Studierendenzahlen sei es durchaus möglich, die Regellehrverpflichtung bei unveränderter Haushaltsbelastung anzupassen, da die Anzahl der Professorinnen und Professoren – insbesondere im Regelfall eines Beamtenverhältnisses – nicht kurzfristig verringert werden kann. Positiv hob der **h1b**Hessen den aktuellen Aufbau eines akademischen Mittelbaus an den HAWen hervor. Leider landeten die derzeit neugeschaffene Stellen mehrheitlich in der Verwaltung der Hochschulen und nicht bei den Professorinnen und Professoren der HAWen vor Ort. Nach einem ausführlichen Austausch wurde vereinbart, dem Minister noch einmal eine Zusammenfassung der Forderungen des **h1b**Hessen zum Hochschulpakt zukommen zu lassen – ebenso wie Anregungen für die vom Wissenschaftsministerium geplanten Evaluierung des Aufwuchsprogramms für den akademischen Mittelbau an den HAWen.